

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 0 61 31/22 33 71, Fax: 0 61 31/22 56 25, E-Mail: post@brh.de,
Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 11/2012

26.04.2012

- 01 Die Weichen sind gestellt
- 02 Kauder schlägt höhere Rente vor – BRH Thema „Anrechnung von Kindererziehungszeiten“
- 03 dbb: Stabilität der Systeme der Krankenversicherung nicht in Frage stellen
- 04 dbb rheinland-pfalz fordert mehr Geld für Beamte im Land
- 05 Schweizer Haftbefehle gegen deutsche Steuerfahnder – Kritik der DSTG zeigt Wirkung
- 06 Immer mehr Arbeitslose bekommen direkt Hartz IV
- 07 BRH-Mitglieder übernachten günstiger

01 Die Weichen sind gestellt

Am Samstag, den 21.04.2012, wurde auf der BRH-Bundesvorstandssitzung in Dresden der Beschluss gefasst, auf den viele Landesverbände dringend gewartet haben.

Sofern der DBB in seiner Satzung eine Seniorenvertretung einrichtet, wird den BRH-Landesverbänden die Verantwortung für ihre Senioren übertragen und der BRH-Bund wird sich in einem geordneten Verfahren im Jahre 2013 auflösen. Über die Zeitschiene, wie dies zu managen ist, wird aktuell verhandelt. Nun gibt es konkreten Anlass für unsere Landesverbände mit den jeweiligen Landesbünden über die organisatorische Einbindung zielführend zu verhandeln. Helfen wird hierbei die Bundesleitung, indem sie sich als Gesprächsvermittler und Geburtshelfer für die Etablierung in der Seniorenvertretung einbringt.

Der folgenschwere Beschluss wurde nicht leichtfertig gefasst, aber eine drohende Unterfinanzierung, ein dauerhafter Mitgliederschwund und die Auswirkungen der Föderalismusreform zwangen die Vorstände zu dieser Entscheidung, die nahezu einstimmig erfolgte. Mit diesem Beschluss dürften sich dann die künftigen finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten der Landesverbände verbessern und deren langfristiger Bestand gesichert sein, zumal der DBB bereits vor Monaten finanzielle wie organisatorische Unterstützung zugesagt hatte.

02 Kauder schlägt höhere Rente vor – BRH Thema „Anrechnung von Kindererziehungszeiten“

NRW. MdB Volker Kauder (CDU) hat sich zu einem bedeutenden BRH Thema gemeldet und schlägt zusätzlich zum beschlossenen Betreuungsgeld einen neuen Rentenanspruch vor. Dabei werde es um die Renten der Väter und Mütter gehen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Diese seien bei der Berücksichtigung der Kindererziehung für die Rentenberechnung bisher deutlich schlechter gestellt als die Eltern jüngerer Kinder. (RPO/Süddeutsche Zeitung).

Der Seniorenverband BRH begrüßt das, nachdem kurz zuvor die Familienministerin Dr. Kristina Schröder eine gerechte Anrechnung von Kindererziehungszeiten abgelehnt hat.

Der BRH hält dies für ein ganz bedeutendes Thema, um endlich finanzielle Nachteile der betroffenen Frauen zu beseitigen. „Wir hoffen, dass die Politik, nachdem sie nun den richtigen Weg eingeschlagen hat, auch den notwendigen Sprung wagt und die Ankündigung umsetzt,“ unterstützt Ingeborg Kölling (BRH-Frauenvertretung NRW) den Vorstoß des CDU Mannes.

(Quelle: brh-presse-echo@t-online.de)

03 dbb: Stabilität der Systeme der Krankenversicherung nicht in Frage stellen

(dbb) Der dbb plädiert dafür, die Zweigleisigkeit der Systeme der Krankenversicherung in Deutschland nicht in Frage zu stellen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt verwies am 29. März 2012 auf eine alte Winzerregel: „Lobe den eigenen Wein, aber mache nicht den Tropfen des Nachbarn madig, lautet eine alte Verhaltensregel der Weinbauern“, sagte der dbb Vize. „Daran sollten sich auch die Fachleute der Krankenversicherung orientieren.“ Dauderstädt kommentierte damit die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden des AOK-Bundesverbandes Jürgen Graalman, der für ein Ende der privaten Krankenversicherung (PKV) plädiert hatte.

Die Zweigleisigkeit der Systeme gehöre zu den bewährten Traditionen des deutschen Sozialstaats und sei für die beamtenrechtliche Beihilfe auch ohne Alternative, hielt Dauderstädt dagegen. „Der dbb hat sich deshalb auch stets für diese Friedensgrenze ausgesprochen und davor gewarnt, die Stabilität des anderen Systems in Frage zu stellen.“

Das Bundesverfassungsgericht habe die Existenz der PKV ausdrücklich als geschützt angesehen, und über die Solidität ihrer Finanzen gäben die offen zugänglichen Bilanzen hinreichend Auskunft. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) als bewährter Schutz des Großteils der Bevölkerung dürfe sich keinesfalls an einem Feldzug gegen den anderen Zweig der Krankenversicherung beteiligen, mahnte der dbb Vize.

(Quelle: dbb)

04 dbb rheinland-pfalz fordert mehr Geld für Beamte im Land

(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat nach dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen auch für die Landesbeamten in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Geld gefordert. „Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert“, kritisierte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 2. April 2012 in Mainz.

Sie forderte, das Tarifiergebnis für die Beamten zu übernehmen. Alles andere sei eine „Ungerechtigkeit zum Nachteil der Beamten“. „Wer von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits“, fügte Lenz hinzu.

Der rheinland-pfälzische Landtag hatte beschlossen, dass die Beamtenbezüge von 2012 bis 2016 nur um ein Prozent pro Jahr steigen sollen und dies mit Sparzwängen begründet.

Wenn es bei der jetzigen Regelung bleibe, werde der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die Beamtenbesoldung „noch dem Alimentationsprinzip entspricht“, kündigte Lenz an. Dieses Prinzip bedeutet, dass der Dienstherr dem Beamten „angemessenen Lebensunterhalt“ zukommen lassen muss.

(Quelle: dbb)

05 Schweizer Haftbefehle gegen deutsche Steuerfahnder – Kritik der DSTG zeigt Wirkung

(dbb) Dass die Schweiz Haftbefehle gegen drei Steuerfahnder aus Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat, ist bei der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) auf harsche Kritik gestoßen. Nun hat auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der zunächst Verständnis für die Schweiz gezeigt hatte, sich hinter die Beamten gestellt. Dem Südwestrundfunk sagte Schäuble am 3. April 2012: „Die Beamten haben ausschließlich ihre Pflicht getan, und sie haben es in einer sehr guten Weise getan.“

Der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler hatte an der Position der Gewerkschaft keinen Zweifel gelassen. Mit Blick auf Schäuble hatte Eigenthaler gesagt: „Wir erwarten von ihm, dass er sich hinter die Steuerfahnder stellt.“ Schließlich sei

Schäuble selbst an der Kaufentscheidung und an der Festsetzung des Preises für die CD mit Steuerhinterzieher-Daten beteiligt gewesen. Man müsse sich fragen, warum die Schweizer Justiz nicht die Finanzminister von Bund und Ländern verfolge, so Eigenthaler weiter. Sie alle hätten von den Mehreinnahmen profitiert.

Zudem sprach sich Eigenthaler gegen das geplante Deutsch-Schweizer-Steuerabkommen aus. Schäubles Hoffnung, mit den bisherigen Nachverhandlungen flösse ein Steuerbetrag von deutlich mehr als die bisher verabredeten zwei Milliarden Schweizer Franken in deutsche Kassen, sei „reines Wunschdenken“. Zwischen Sommer 2011 und Frühjahr 2013 hätten die Steuerhinterzieher Zeit genug, um ihre Konten aufzulösen. Dann passiere ihnen gar nichts. Das sei angesichts von etwa 150 Milliarden Euro deutschem Schwarzgeld in der Schweiz ein „Skandal“. Spiegel Online (4. April 2012) zitiert den DSTG-Chef mit den Worten: „Das Abkommen ist löchrig wie ein Schweizer Käse.“ Eigenthalers Begründung: Hartgesottene Steuerhinterzieher würden mit einem Discount-Steuersatz davonkommen, der weit unter dem deutschen Höchstsatz liege. Außerdem dürfe der Staat nur noch 500 Kontoanfragen in der Schweiz stellen - "bei unseren 600 Finanzämtern hieße das, dass nicht einmal jede Behörde einen Antrag stellen dürfte". Die DSTG lehne das Abkommen in seiner jetzigen Form deshalb ab.

Der „Passauer Neuen Presse“ (Ausgabe vom 3. April 2012) sagte Eigenthaler, folge man der Logik der Schweizer Fahnder, müssten der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans und Bundesfinanzminister Schäuble angeklagt werden. Eigenthaler forderte eine harte Reaktion und empfahl die USA als Vorbild: „Die Vereinigten Staaten erhalten die Daten von Steuerhinterziehern von der Schweiz, weil sie mit Abbruch der Geschäfte drohen. Das ist die einzige Sprache, die die Schweizer Banken verstehen.“ Wenn die Schweiz auf Anwendung ihres Strafrechts bestehe, so Eigenthaler weiter, dann müsse auch deutsches Strafrecht angewendet werden: „Deutschland sollte die Vorstände der Schweizer Banken anklagen und Haftbefehle beantragen. Sie leisten Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Das wäre die angemessene Reaktion. Deutschland darf nicht kuschen.“

(Quelle: dbb)

06 Immer mehr Arbeitslose bekommen direkt Hartz IV

Die Zahl der Arbeitnehmer, die bei Jobverlust kein Arbeitslosengeld I bekommen, sondern direkt in Hartz IV (ALG II) rutschen, wird größer. Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wuchs die Gruppe der Betroffenen zwischen 2008 und 2011 um 18,7 Prozent, weil die Arbeitslosen innerhalb der letzten Jahre vor dem Jobverlust insgesamt keine zwölf Monate beschäftigt gewesen waren. Jeder vierte neue Arbeitslose wurde demnach 2011 sofort Hartz-IV-Empfänger.

Vor allem Zeitarbeiter fielen besonders häufig direkt in Hartz IV, wenn sie ihre Stelle verloren. 2011 waren es immerhin 45,2 Prozent, die es nicht schafften, lange genug bei einer Leiharbeitsfirma zu arbeiten.

Der DGB fordert laut "Welt" daher, die Regelungen der Arbeitslosenversicherung für kurzfristig Beschäftigte zu verbessern. Schon nach sechs Monaten sozialversiche-

rungspflichtiger Beschäftigung sollten Arbeitslose den Anspruch auf drei Monate Arbeitslosengeld I bekommen. Derzeit müssen sie mindestens zwölf Monate in die Versicherung eingezahlt haben, um sechs Monate lang daraus Bezüge zu erhalten.

Hartz IV unabhängig vom vorherigen Verdienst

Für die Betroffenen können sich dadurch je nach dem vorherigen Verdienst erhebliche finanzielle Einbußen ergeben. Während das ALG I zwischen 60 Prozent (Kinderlose) und 67 Prozent (mindestens ein Kind) des Durchschnittsgehalts der letzten zwölf Monate beträgt, gelten bei Hartz IV feste Sätze und bestimmte Voraussetzungen, wie beispielsweise Vermögen oder Wohnungsgröße.

(Quelle: t-online.de)

07 BRH-Mitglieder übernachten günstiger

Dr. Rainer Ullrich, Justiziar des BRH, bietet in Zusammenarbeit mit dem BRH-Bundesverband Sonderkonditionen für Übernachtung in drei Sterne Hotels in Berlin, Meißen und Weimar an.

BRH-Mitglieder übernachten zu einem Preis von € 32 für das Einzelzimmer und € 47 für das Doppelzimmer (immer inklusive Frühstück). Die Reservierung, die durch den Kunden selbst vorzunehmen ist, erfolgt grundsätzlich im Rahmen der freien Kapazitäten des Hotels.

Bei der Reservierung ist auf den Gutschein hinzuweisen.

Gutscheine können bei der

Hotelagentur Dr. Ullrich

Im Hörnle 34

72800 Eningen

Tel: 0 71 21 / 88 763

Fax: 0 71 21 / 88 03 24

Handy: 01 63 / 4 97 00 00

e-mail: rainer.ullrich1@gmx.de

bestellt werden.

Buchbar sind:

- Businesshotel Berlin oHG, Pasewalker Str. 97, 13127 Berlin www.businesshotel.de

- Hotel Siebeneichen Meißen, Willsdrufer Str. 35, 01662 Meißen
www.hotel-siebeneichen-meissen.de

- Apart-Hotel Weimar, Am Highway GmbH, Kerkaer Str. 75, 99425 Weimar
www.apart-hotel-weimar.de